

## **Flüchtlingshelfer: Wetteraukreises hat Warteschlange ins Internet verlegt**

### **Kreisspitze zur konstruktiven Zusammenarbeit aufgefordert**

Vertreter der ehrenamtlichen Helfer und der Kirchen in der Arbeitsgemeinschaft Flüchtlingshilfe im Wetteraukreis kritisieren in einer Pressemitteilung die erneut schlechte Erreichbarkeit und die Überlastung der Mitarbeiter in der Ausländerbehörde. Zuvor hatten vor allem Ehrenamtliche, aber auch Betroffene aus dem gesamten Kreisgebiet auf die Situation in der Behörde aufmerksam gemacht.

Besonders verärgert hat die kirchlichen und ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer, dass Landrat Jan Weckler, im Gegensatz zur Kreisbeigeordneten Stephanie Becker-Bösch, ein Gesprächsangebot der kirchlichen und ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer ausgeschlagen hat. Man wollte mit beiden sprechen, weil die Ausländerbehörde organisatorisch und hierarchisch in einem vom Landrat geführten Fachbereich eingeordnet wurde und die 1. Kreisbeigeordnete lediglich fachlich verantwortlich ist.

Vor allem den Landrat sehen die Flüchtlingsvertreter als Dienststellenleiter und Personaldezernent in der Verantwortung schnellstens zu handeln. In der Vergangenheit hatte er zugesagt, die Zustände in der Ausländerbehörde zu verbessern. So gesagt bei einer Protestkundgebung 2018 vor dem Landratsamt. Damals waren es die Warteschlangen von Menschen vor dem Eingang zur Ausländerbehörde des Landratsamts, die den Protest hervorgerufen haben. Mittlerweile wurde die Warteschlange für die Öffentlichkeit unsichtbar durch eine Online-Terminvergabe in das Internet verlegt. Telefonisch ist die Behörde faktisch nicht mehr erreichbar. Die Wartezeit für einen Termin beträgt mittlerweile zwischen drei und vier Monaten. Geduldete erhalten normalerweise nur eine Duldung für drei Monate. Die Terminvergabe wird dem aber derzeit nicht gerecht, um ordentlich eine Verlängerung oder Veränderung des Aufenthaltsstatus in die Wege zu leiten. Die zahlreiche wiederholte Ausstellung von sogenannten Fiktionsbescheinigungen ist ein Indiz dafür, dass die Behörde ihrer Aufgabe nicht mehr zeitnahe nachkommt und sich erneut ein Arbeitsberg aufgebaut hat.

Fiktionsbescheinigungen werden in der Regel nur zur Überbrückung ausgestellt, bis das Prüfverfahren für eine Verlängerung der Duldung oder eine Aufenthaltsgenehmigung abgeschlossen ist. Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, weil sie ihre Aufenthaltsdokumente nicht verlängern lassen können und zunächst mit Fiktionsbescheinigungen abgespeist werden, die aber in vielen Bereichen nicht als Ausweisdokumente akzeptiert werden. Dies gilt unter anderem für die Eröffnung eines Bankkontos.

### **Leiter der Ausländerbehörde hat gekündigt**

Zu der schlechten Situation der Ausländerbehörde passt auch, dass jetzt nach nur knapp zwei Jahren der Leiter der Ausländerbehörde „Front-Office“ gekündigt hat. Er ist damit der zweite Leiter, der innerhalb von kürzester Zeit den Wetteraukreis verlassen wird. Zuvor hatte bereits die Vorgängerin nach nur wenigen Monaten die Konsequenz gezogen. Bereits damals war zu hören, dass dies aus einer mangelnden Unterstützung, vor allem aus dem vom Landrat zu verantwortenden Personalmanagement erfolgt sei. Die Leitungen wurden bezüglich der Ausschreibung von vorhandenen Planstellen immer wieder vertröstet und hingehalten. Seit langem sind nicht alle Planstellen besetzt und 5 Stellen erst gar nicht ausgeschrieben worden.

So ist es unmöglich, den Arbeitsanfall abzuarbeiten, geschweige denn Telefonanrufe entgegenzunehmen oder Termine zu vergeben. Auf diese Weise ist bereits in der zurückliegenden Zeit der Arbeitsüberhang immer größer geworden.

Die Flüchtlingshelfer sehen über den Status Quo an Stellen hinaus noch einen weiteren Personalbedarf. Selbst mit allen besetzten vorhandenen Stellen wird es nicht möglich sein, die Behörde zu konsolidieren.

Die Kündigungen der beiden bisherigen Leiter der Ausländerbehörde werden von den Flüchtlingshilfsvertretern ausdrücklich bedauert, beide haben einen sehr engagierten und an Problemlösungen orientierten Eindruck hinterlassen. Die Kündigungen werfen ein Schlaglicht auf das Personalmanagement.

Befremdlich empfinden es die Flüchtlingshilfsvertreter, dass die fachlich zuständige Kreisbeigeordnete Stephanie Becker-Bösch und die Leiter der Behörde nicht eingebunden sind, wenn es um die Frage geht, wann und wie Stellen ausgeschrieben und besetzt werden. Becker-Bösch hatte in dem Gespräch darauf aufmerksam gemacht, dass ihr nicht bekannt war, dass fünf Stellen nicht ausgeschrieben waren. Trotz der schlechten personellen Situation hat sie zugesagt, das Online-Vergabeverfahren und die direkte Ansprache verbessern zu wollen.

Für die Flüchtlingshelfer ergibt sich das Bild, dass die Kommunikation in der Kreisspitze gestört ist, was zu Lasten der Betroffenen und der Mitarbeiter geht.

Die Flüchtlingshelfer fordern die Kreisspitze zur konstruktiven Zusammenarbeit auf, um die Situation der Ausländerbehörde umgehend zu verbessern. Die Zustände in der Ausländerbehörde sind hausgemacht und können auch nicht auf die Corona-Situation geschoben werden. Man erwartet sofortige Maßnahmen, um die Situation der Betroffenen und der Mitarbeiter in der Behörde endlich nachhaltig zu verbessern. Das Totsparen der Ausländerbehörde muss beendet werden, indem vor allem die fehlenden Stellen ausgeschrieben und besetzt werden und eventuell Sachbearbeitungen zeitnah aus anderen Bereichen zur Unterstützung abgeordnet werden.

Die Ausländerbehörde ist die Eingangstür für Zuwanderer in den Wetteraukreis, die man nicht zu einer in den Angeln hängenden Schuppentür vergammeln lassen sollte.